



Bundesbank erwartet Stagnation: Wirtschaftliche Erholung im dritten Quartal unterbrochen

Ute Pappelbaum

Aus dem ohnehin bescheidenen Wachstum könnte eine Nullrunde geworden sein. Während die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Herbstprognose für das dritte Quartal 2026 noch mit einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um 0,1 Prozent gerechnet hatten, geht die Deutsche Bundesbank inzwischen von einer Stagnation aus. Die deutsche Wirtschaft hat damit ihre leichte Erholung aus dem ersten Halbjahr vorerst nicht fortgesetzt. Entscheidend wird nun, ob tatsächlich nur vorübergehende Belastungen dahinterstehen oder die strukturelle Schwäche der deutschen Wirtschaft erneut stärker zum Tragen kommt.

Die neue Einschätzung fällt gegenüber der Herbstprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute etwas schwächer aus. Bereits deren erwartetes Plus von 0,1 Prozent hatte kaum Spielraum für eine nachhaltige Belebung erkennen lassen. Dass die Bundesbank nun eine Stagnation für wahrscheinlich hält, verändert das konjunkturelle Gesamtbild deshalb weniger grundsätzlich, als es die anhaltende Schwäche der wirtschaftlichen Dynamik bestätigt.

Industrieproduktion leidet unter mehreren Belastungen

Als wesentlichen Grund für die schwache Entwicklung nennt die Bundesbank die Industrie, deren Produktion insbesondere im August hinter den Erwartungen zurückblieb. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Automobilindustrie, in der die Werksferien in diesem Jahr ungewöhnlich stark auf den August konzentriert waren. Dieser Kalendereffekt dürfte die

Produktion zusätzlich gedrückt haben, erklärt aber nicht die bereits länger bestehenden Schwierigkeiten der Branche.

Hinzu kamen Probleme in energieintensiven Industriezweigen. Niedrige Wasserstände des Rheins erschwerten den Transport von Rohstoffen und Vorprodukten, während notwendige Umleitungen die Logistikkosten erhöhten. Betroffen waren unter anderem die chemische Industrie und die Mineralölverarbeitung, für die funktionierende Transportwege eine wesentliche Voraussetzung ihrer Produktion darstellen.

Zugleich verweist die Bundesbank auf auslaufende Wettbewerbsvorteile gegenüber ausländischen Konkurrenten im Zusammenhang mit dem Iran-Krieg sowie auf Sondereffekte des Tankrabatts. Gemeinsam mit den Einschränkungen in der Binnenschifffahrt dürften diese

Entwicklungen auch zum schwächeren Außenhandel beigetragen haben.

Die Notenbank ordnet mehrere dieser Faktoren als vorübergehend ein. Damit verbindet sich die Erwartung, dass die Produktion wieder anziehen könnte, sobald die unmittelbaren Belastungen nachlassen. Offen bleibt allerdings, in welchem Umfang die Industrie anschließend wieder an ihre frühere Dynamik anknüpfen kann.

Inflation schmälert die Kaufkraft

Während die Industrie mit Produktions- und Transportproblemen kämpft, belasten die gestiegenen Energiepreise zunehmend die privaten Haushalte. Nach Angaben der Bundesbank erhöhte sich die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex gemessene Inflationsrate im September auf 3,3 Prozent, nachdem sie im August noch bei 2,9 Prozent gelegen hatte. Damit erreichte die Teuerung den höchsten Stand seit Ende 2023.

Die Notenbank rechnet auch in den kommenden Monaten mit einer erhöhten Inflationsrate. Neben den unmittelbaren Energiekosten könnten sich zunehmend indirekte Preissteigerungen bei Industriegütern, Lebensmitteln und Dienstleistungen bemerkbar machen.

Für die wirtschaftliche Erholung entsteht daraus ein zusätzlicher Zielkonflikt. Steigende Preise schränken die real verfügbaren Einkommen ein und können die Konsumnachfrage dämpfen, während Unternehmen gleichzeitig mit höheren Produktionskosten konfrontiert sind. Gerade in einer Phase, in der das Wirtschaftswachstum ohnehin kaum über die Nulllinie hinauskommt, fällt eine solche zusätzliche Belastung ins Gewicht.

Weitere Preisimpulse erwartet die Bundesbank Anfang 2027 durch das Auslaufen des Tankrabatts und höhere Zuzahlungen im Gesundheitswesen.

Bauwirtschaft zwischen Erholung und steigenden Zinsen

Etwas günstiger entwickelte sich zuletzt die Bauproduktion, die im August erneut zulegen konnte. Allerdings sieht die Bundesbank auch hier Risiken für die weitere Entwicklung. Wieder steigende Bauzinsen könnten Investitionen erschweren und die Nachfrage nach Bauleistungen begrenzen.

Für private Bauherren und Immobilienkäufer bedeutet ein höheres Zinsniveau steigende Finanzierungskosten, während

Unternehmen ihre Investitionsentscheidungen stärker an den erwarteten Erträgen ausrichten müssen. Die Entwicklung der Bauwirtschaft hängt damit nicht allein von einer möglichen konjunkturellen Belebung ab, sondern ebenso von den Finanzierungsbedingungen.

Eine nachhaltige Erholung der Bauinvestitionen lässt sich aus den jüngsten Produktionszahlen deshalb noch nicht ableiten.

Arbeitsmarkt zeigt erste Stabilisierungssignale

Auch am Arbeitsmarkt bleibt die Entwicklung verhalten. Im August sank die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um 29.000 auf 45,62 Millionen Menschen. Nach Einschätzung der Bundesbank betraf der Rückgang häufig ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse.

Die registrierte Arbeitslosigkeit lag im September mit saisonbereinigt rund drei Millionen Personen nahezu unverändert bei einer Quote von 6,4 Prozent.

Immerhin deuten einzelne Frühindikatoren auf eine mögliche Stabilisierung hin. So haben sich die Beschäftigungserwartungen der Unternehmen zuletzt leicht verbessert, während die Zahl neu gemeldeter Stellenangebote nach Einschätzung der Bundesbank ihren Tiefpunkt überwunden haben könnte.

Von einer spürbaren Erholung des Arbeitsmarktes kann damit noch nicht gesprochen werden. Die Signale lassen allerdings erkennen, dass sich die Beschäftigungslage nicht zwangsläufig weiter verschlechtern muss.

Die Erholung bleibt eine Erwartung

Mit ihrer aktuellen Einschätzung stellt die Bundesbank die grundsätzliche Aussicht auf eine wirtschaftliche Erholung nicht infrage. Sie macht allerdings deutlich, wie anfällig der begonnene Aufwärtstrend gegenüber zusätzlichen Belastungen bleibt.

Der Unterschied zwischen den im Herbst erwarteten 0,1 Prozent Wachstum und der nun angenommenen Stagnation ist statistisch gering. Wirtschaftlich verweist er auf ein Problem, das sich bereits seit Längerem abzeichnet: Die deutsche Wirtschaft verfügt bislang über zu wenig Eigendynamik, um Produktionsausfälle, steigende Kosten und eine schwache Nachfrage zuverlässig auszugleichen.

Ob das dritte Quartal tatsächlich nur eine Unterbrechung des Aufschwungs darstellt, werden deshalb weniger die

endgültigen Zahlen für diesen Zeitraum beantworten als die Entwicklung von Industrieproduktion, Konsum und Investitionen in den kommenden Monaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, „Erholung der deutschen Wirtschaft vorübergehend unterbrochen“, 21. Oktober 2026, Monatsbericht Oktober 2026

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4952600/bundesbank-stagnation-wirtschaft-drittes-quartal-2026/>